

3. Juni 2014

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer gedacht hatte nach dem dritten Organisationsschreiben zur Einrichtung des neuen Schuljahres fehle nur noch die gesetzliche Regelung für die Vorhaben, dafür stehe die Senatorin aber mit ihrem Wort ein, weiß nun, was das Wort von Frau Scheeres wert ist.

Nach zahlreichen Protesten hatte sich Frau Scheeres mit einem persönlich unterschriebenen Brief an die Berliner Schulen gewandt und mehrere der ursprünglichen Absichten zurückgenommen

Leeres Versprechen: Altersermäßigung für alle

So sollte laut den ersten Schreiben, die Altersermäßigung an die tatsächliche Unterrichtsverpflichtung gekoppelt werden. Im Ergebnis hätten zahlreiche KollegInnen, wie z.B. Teilzeitbeschäftigte und Mitglieder von Schulleitungen, keine Altersermäßigung erhalten, wenn sie weniger als fünfzig Prozent unterrichten. Nach Protesten von Lehrkräften und der GEW BERLIN sicherte die Senatorin am 30. Januar persönlich zu, dass die Altersermäßigung nun doch für alle Lehrkräfte gelten soll, die unterrichten – unabhängig von der Anzahl ihrer zu leistenden Unterrichtsstunden. Kaum von der Senatorin korrigiert, wurde das Vorhaben offenkundig vom Finanzsenator wieder kassiert. Teilzeitbeschäftigte erhalten nun doch keine Altersermäßigung, wenn sie weniger als fünfzig Prozent der normalen Unterrichtsverpflichtung unterrichten.

Nicht anders erging es dem tariflichen Anspruch der angestellten Lehrkräfte auf Altersermäßigung. Keimte nach der Ankündigung von Frau Scheeres vom 30. Januar Hoffnung auf, der angekündigte Tarifbruch solle nun doch nicht stattfinden, muss auch diese nun begraben werden. Die Finanzverwaltung hat sich hier ebenso durchgesetzt und treibt die Senatorin in die nächste gerichtliche Auseinandersetzung mit vorhersehbarem Ausgang. Die Motive sind durchschaubar: Zu teuer!

Leeres Versprechen: AZK-Tage gegen Stundenermäßigung

Unglaublich wird es dann bei den versprochenen Möglichkeiten, die bestehenden Arbeitszeitkonten in Unterrichtsermäßigung umzuwandeln.

Hier brauchte die Senatorin im Januar nicht korrigierend einzugreifen. War doch von Anfang an von völlig unumstritten, dass der Gegenwert für eine Unterrichtsstunde Ermäßigung im Schuljahr sieben Tage des Arbeitszeitkontos sein müssen. Doch die Rechnung war ohne den Finanzsenator gemacht. Er hat seine eigene Rechenmaschine. Es zählt nur eine Einheit: Wieviel kann ich den Lehrkräften für die Sanierung des Haushaltes abpressen?

Nun sind es acht Tage. Eine Ersparnis für Herrn Nußbaum von 15 %.

Leeres Versprechen: Finanzieller Ausgleich der AZK-Tage

Seit April 2013 ist eine Vielzahl von KollegInnen aus dem Dienst ausgeschieden, ohne ihre AZK Tage genommen zu haben. Auf den finanziellen Ausgleich warten sie nach wie vor und werden weiter getröstet. Nach mehr als einem Jahr ist es der Verwaltung immer noch nicht gelungen, die gesetzliche Grundlage zu schaffen! Kein Problem für Herrn Nußbaum, das Geld kann erstmal woanders eingesetzt werden. Für die KollegInnen geht's ja nur um mehr als zwei Monatsgehälter.

Ein kleiner Fisch ist es dagegen, dass die Beschäftigtenvertretungen in einem sozialdemokratisch geführten Haus wieder nicht beteiligt werden.

Kein Trost: Zusätzliche Präsenztage kommen später

Die drei Präsenztage sind fürs Erste gekippt. Es bleibt erstmal im Sommer bei einem Präsenztage - der letzte Ferientag der Sommerferien. Der Senat hat die notwendige Änderung der Erholungsurlaubsverordnung nicht rechtzeitig gebacken und für den Finanzsenator war bei dem Thema nichts zu verdienen. Möglich ist aber auch, dass unsere Proteste dazu beigetragen haben. Es bleibt abzuwarten, ob es im Herbst eine neue Verordnung geben wird.

Wer bisher nicht wusste warum die Senatorin seinerzeit ihr Paket zur Steigerung der Attraktivität des LehrerInnenberufes zusammen mit dem Finanzsenator verkündet hat, sieht nun klarer.

Senator Nußbaum hat im April 2013 Frau Scheeres mitgenommen, um sein attraktives Sparpaket zu verkünden. Das ist der wahre Gehalt der damals herausposaunten Maßnahmen
► Bildungspolitik macht der Finanzsenator.

Wir werden uns noch diese Woche schriftlich an Frau Scheeres wenden. Sie muss sich für die Rechte der PädagogInnen und die Bildungsvorhaben gegenüber dem Finanzsenator und dem Regierenden Bürgermeister stärker einsetzen.

Mit kollegialen Grüßen


Doreen Siebernik
Vorsitzende


Udo Mertens
Leiter des Vorstandsbereiches
Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik

Weitere Informationen: <http://www.gew-berlin.de/10202.php>